Kampfmethoden der KPD.

Die KPD. arbeitet neuerdings mit Methoden, an denen man die ganze politische Verwahrlosung dieser zusammengewürfelten Haufens erkennen kann. Man kann begreifen, daß angesichts des Zerfalls und des vollkommenen moralischen Bankerotts dieser Leute einfach die Verzweiflung Mittel in die Hand drückt, die sie nicht immer zurückschrecken läßt, einfach Genossen der KPD. in der schmutzigsten Weise zu verleumden. Aber die Arbeiterschaft selbst muß diesen Revolutionsschmarotzern baldigst das Handwerk legen, weil die Politik der KPD. weiter nichts ist als Brunnenvergiftung. Wer erinnert sich nicht, daß die KPD. unseren Genossen Kempin öffentlich als Spitzel denunzierte, bis sich nicht der einzige Fall.

Die KPD., elend blamiert durch ihren Brandler, denunziert diese Genossen als Spitzel, um so wenigstens zu retten, was zu retten ist. Im gegenwärtigen „Wahlkampf" sollen dieser „Massenpartei" unsere Genossen besonders auf die Nerven. Diese Denunziationsarbeit ist direkt organisiert neben den Giftgruppen. So entblödeten sich in Stützenberg in einer Arbeitslosenversammlung am Freitag den 30. September ein gewisser Kosella in Ermangelung anderer Argumente nicht, unsere Genossen Klasse dadurch in den Schmutz zu ziehen, daß er Anbeutungen machte, aus denen die Anwesenden entnehmen mußten, daß die Genossen noch einen „Nebenverdienst" haben müsse, weil sie so „gut" angezogen wäre. Und dies noch, als die Genossin gar nicht mehr da war.

Wir wollen uns nicht auf Skandalgeschichten einlassen. Die Genossen der KPD. mögen mal bei sich etwas näher oben hineinsehen. Aber den Genossen der KPD. sei gesagt, diese Drahtzieher, die einige fanatische Elemente für ihre Zwecke gebrauchen, sind in dieser korrumpierten Partei oft sehr zweifelhafter Herkunft; der Fall Banasiewicz ist ein typisches Beispiel.

Ueber den Fall Banasiewicz schreibt das „Bremer Volksblatt":

„Es ist inzwischen festgestellt worden, daß der Verfasser des betreffenden Flugblattes kein anderer ist als der für die Prawda verantwortlich zeichnende Redakteur der „Roten Fahne", Banasiewicz, derselbe Banasiewicz, der in den kommunistischen Gruppen der Bremer Arbeiterschaft den Beruf hat, den Sozialisten der Bezirksleitung als Mitglied eingeschickt, der in der kommunistischen Organisation für den Bezirk Nordwest die Geschäfte des Beisitzenden führt und der auch gleichzeitig als hellsehender Parteisekretär amtiert. Vor einigen Tagen wurde ein im Solde der Direktion der A.-G. Weser stehender Arbeiterspitzel vom Direktor Stapenfeld beauftragt, sich in eine bestimmte Gutswirtschaft zu begeben. Dort würde er einen Mann treffen, dem er eine Erkennungsfrage stellen sollte. Der Arbeiterspitzel begab sich in die bezeichnete Wirtschaft und traf dort am Tresen den ihm bis dahin noch unbekannten Ludwig Banasiewicz. Der betreffende Arbeiter hatte aber vorsichtshalber noch zwei Zeugen mitgenommen. Als er sich Banasiewicz als Beauftragten der Direktion zu erkennen gegeben hatte, ging B. mit den Leuten, da es ihm in der betr. Wirtschaft anscheinend noch nicht sicher genug schien, in eine andere Wirtschaft. Unterwegs fragte er den Arbeiterspitzel, ob die beiden anderen Leute auch sicher seien. Nachdem ihm dies bestätigt wurde, verlauschte er vorsichtshalber doch noch mit dem einen seinen Gast, bis sie in der zweiten Wirtschaft angelangt waren, setzte B. sich und schrieb das bekannte Flugblatt, in dem er sich selbst und seine anderen führenden Kollegen als Phrasenhelden bezeichnete. Dann übergab er dieses dem anderen Spitzel mit dem Auftrage, es zunächst abzuschreiben und dann zu einer bürgerlichen Druckerei zu tragen, um es dort drucken zu lassen, was dann auch geschehen ist. Als B. schließlich die Sache aber doch brenzlich vorkam, verfaßte er das heute in der bürgerlichen Presse veröffentlichte Schreiben, das zunächst von dem betr. Arbeiterspitzel unterzeichnet werden sollte. Da dieser es aber ablehnte, unterzeichnete es ein Gelber, Pfingsten. Damit der erwähnte Arbeiterspitzel ihn nicht verraten könne, ging B. in seiner Angst zu ihm und rief ihm dringend, nicht aus dem Hause zu gehen, da sein Chef der Arbeiterschaft bekannt wäre und diese ihn umbringen würde. Als dieser sah, wohin die Reise ging, begab er sich zum Metallarbeiterverband und belastigte B. Weil wollte er nicht recht mit der Sprache heraus, aber den Angestellten des Verbandes gelang es schließlich doch, die ganze Wahrheit aus ihm herauszuholen. Von einem Angestellten des Verbandes wurde dann das Originalmanuskript des Flugblattes „Werktätelter hört!" unterzeichnet von der Streikleitung der 6000" aus seinem Hause geholt und B. eingeladen, zum Metallarbeiterverband zu kommen. Als B. dort erschien und den noch anwesenden beiden Zeugen gegenübergestellt wurde, erklärte er auf die Frage, ob er das ihm vorgehaltene Schriftstück geschrieben habe, einfach, ohne jede Umdrehung: „Nein, das habe ich nicht geschrieben!" Auf die weitere Frage, ob er dann nicht die beiden Zeugen, die bei ihrer Behauptung blieben, verklagen wolle, sagte er das wolle er tun. Seitdem ist er verschwunden. Man hat ihn bald darauf mit Kleidungsstücken über dem Arm in der Stadt gesehen."

Ausland

Die Weltkrise

Kritische Lage in der englischen Maschinenindustrie.

London. Die Krise in der englischen Maschinenindustrie hat sich zugespitzt. Andertheib Millionen Arbeiter werden mit sofortiger Kurzarbeit bedroht. Die Unternehmer wollen große Lohnreduktionen vornehmen, die für die noch Glückbaren bezahlten Arbeiter 12,5 Cent, für die Teilsicherbelt 7,5 Cent betragen. Die Verhandlungen zwischen Arbeitern und Unternehmern werden durch ein Ultimatum der letzteren unterbrochen. Die Arbeiterbrüder, für den Fall einer Zurückweisung ihrer Reduktionsvorschläge, mit sofortiger Aussperrung.

Steigen der Lebensmittelpreise — Fallen der Löhne.

Washington. Das Arbeitsdepartement gibt einen Bericht heraus, der trotz des Steigens der Löhne und die folgenden Kosten der Lebenshaltung bekanntgibt. In 600 großen industriellen Etablissements, in welchen 4 500 000 Arbeiter beschäftigt werden, sind die Löhne in den letzten 3 Monaten um 15,9 Prozent reduziert worden. Alle Anzeichen deuten auf eine weitere Reduktion der Löhne. Dagegen waren die Preise der Lebenshaltung im August höher als im Juli, wo sie schon um 9 Prozent höher waren als im Juni.

Radikalisierung der chinesischen Arbeiter.

Peking, August. Ein hier noch nie vorgekommenes Ereignis war der Nichtzustandekommen streik in China. Man faßt, daß revolutionäre Ideen unter den chinesischen Arbeitern Eingang finden. Zu ihnen gehört unter einem großen wirtschaftlichen Druck leidet, wird in der Arbeiterschaft der Ruf nach Organisierung sehr rege. Trotzdem die Regierung die Bestrebungen der Arbeiter unterdrückt, kommen die Arbeiter mit radikalen Forderungen an sie heran.

Der Streik in Rochdale.

Nach Abbruch der Verhandlungen mit der Regierung und den Unternehmern, die an der intransigenten Haltung der Textilbarone scheiterten, bereiten sich die Streikenden auf einen langen Kampf vor. Der Erfolg des Streiks, an dem gemäß dem Beschluß des Streikkomitees außer den Textilarbeitern die Metalle, Bau- und Transportarbeiter, ausmachend 80 000 Arbeiter, weiter teilnehmen, hängt davon ab, ob den Streikenden Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, um den Kampf Wochen und Monate lang weiterführen zu können. Der allgemeine Gewerkschaftsbund beschloß, daß jedes Mitglied 5 Franken zur Unterstützung des Streiks beitragen muß. Außerdem will sich das Streikkomitee auf dem Wege des Gewerkschaftsbundes an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wenden. Das Streikkomitee erwägt die Entfernung der Kinder aus dem Streikgebiet, die von der Arbeiterschaft Frankreichs aufgenommen werden sollen, um dadurch den Streikenden die Fortführung des Kampfes zu erleichtern. Der Gemeinderat von Roubaix, dem die Präfektur die Unterstützung der Streikenden verbot, erklärte im Falle der Aufrechterhaltung dieses Verbotes zum Zeichen des Protestes abzudanken.

Die „Demokratie" in Indien.

Bombay. Das Knebelungsgesetz und das „Gesetz zur Verteidigung Indiens" zeichnen sich dadurch aus, daß sie den Indern alle Freiheit und alle Rechte entziehen. Die werden aber trotz des einstimmigen Protestes der indischen Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft angenommen. Nach den Bestimmungen des Gesetzes kann: 1. Jeder Inder ohne Haftbefehl verhaftet und unbegrenzt lange ohne Verhandlungen in Haft gehalten werden. 2. Alles Beweismaterial bei der Angeklagte beigebringen. 3. Besitz des Angeklagte nicht das Recht, von Geschworenen gerichtet zu werden. Er hat nicht das Recht, zu appellieren, denn „kein im Sinne dieses Gesetzes erlassener Befehl darf in irgend einem Gerichtshof in Frage gezogen werden". Niemand kann für etwas zur Verantwortung gezogen werden, welches er im Sinne dieses Gesetzes getan oder zu tun beabsichtigte. 4. Braucht sich die Klagevertretung nicht an das übliche Beweismaterial zu halten (mit anderen Worten, das Zeugnis von Toten, nicht erschienenen oder nicht existierenden Zeugen, kann gegen den Angeklagten verwendet werden). 5. Dem Angeklagten steht nicht das Recht zu, einen Anwalt zu haben oder Zeugen beizubringen. 6. Die Behörde hat das Recht, „jedes Mittel" anzuwenden, um das Gesetz durchzuführen, und Gefängnisse zu erlangen. 7. Gegen den Angeklagten wird nicht öffentlich verhandelt. Ueber die Methoden des Prozesses, noch die Urteilsbegründung müssen publiziert werden. 8. Dem Angeklagten werden die Namen seiner Anklager nicht bekanntgegeben, auch wird er mit ihnen nicht konfrontiert. 9. Jede Person, auch Familienangehörige, welche mit einem früheren politischen Gefangenen verkehrt, kann verhaftet und ins Gefängnis gesperrt werden. 10. Hausdurchsuchungen bedürfen keiner besonderen Erlaubnis.

Aus der Internationale

Ansprache des Vertreters der südslawischen Gruppe auf dem Parteitag der KPD.

Liebe Genossen!

Mit Freuden nehme ich mir die Möglichkeit, den Kongreß der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands zu begrüßen und durch ihn die versammelten Delegierten, das ganze revolutionäre Proletariat Deutschlands, von dem Teil der Kommunistischen Partei Südslawiens, welcher sich in einer oppositionellen Gruppe „Revolutionäre Organisation der Kommunisten" zusammengetan hat.

Unsere Hoffnung war, mit allen linken Parteien und Gruppen auch mit der KAPD. gemeinsam einen einheitlichen oppositionellen Kern in der 3. Kommunistischen Internationale zu bilden und damit die notwendige revolutionäre Richtung zu geben.

Der Dritte Kongreß der 3. Internationale hat uns nicht nur keine Möglichkeit gegeben, an demselben teilzunehmen, sondern erklärte er die opportunistische Politik unserer Führer als seine und bewies dadurch den opportunistischen Charakter der 3. Internationale.

Der 3. Kongreß wurde von der russischen Staatspolitik und von der Politik der opportunistischen Führer der kommunistischen Parteien aller Länder beherrscht.

Nach den rein opportunistischen Beschlüssen der 3. Internationale haben die revolutionären Arbeiterparteien keinen anderen Ausweg finden können, als Gründung ihres Zentrums, den Stab des revolutionären Weltproletariats, Gründung ihrer kommunistischen Arbeiterinternationale.

Und der Moment in dem die Sitzung eures Parteitages stattfindet, ist schon besonders wichtig, weil er die Wege finden muß, um einheitlich zu sprechen mit der Sprache des ganzen Weltproletariats.

Gestattet mir noch einmal, euch zu begrüßen und durch euch das organisierte Proletariat der KAPD.! Sagt ihm, daß es nicht allein sein wird, in nächster Zukunft schließen sich die Arbeiter Südslawiens an.

Und mit euch allen rufen wir aus: Es lebe die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.

Es leben die revolutionären Arbeiter der Welt.

Es lebe die soziale Weltrevolution!

Mitteilungen

Essen. Sonntag, den 9. Oktober, morgens 10 Uhr, Versammlung bei Wirt Müller, Lindecker Str. Alle KAPD.-Genossen und alle Interessierten müssen erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Ortsgruppenleitung Essen.

Essen. Jeden ersten Sonntag im Monat Bezirksversammlung bei Wirt Blankenhagen, Ecke Harfer- und Steppenstraße. Alle Genossen zur Stelle!

Bezirksleitung Nord (Essen).

Nachruf.

Am 15. September fiel unser Genosse

Hermann Thormann.

Wir werden ihm ein liebendes Andenken bewahren.

Kommunistische Arbeiter-Partei, 10. Bezirk.

Am Freitag, den 30. September, morgens ½8 Uhr, starb nach langem Krankenlager einer unserer Besten, ein proletarischer Denker und ein Kämpfer für die proletarische Revolution, der Partei- und KD.-Genosse

Willi Prang

aus Grünau. Weit über seinen Tod hinaus wird er allen Genossen durch sein stetiges, unerschrockenes Auftreten ein nachahmenswertes Vorbild sein.

Wir erwarten zahlreiche Beteiligung bei der Einäscherung; dieselbe findet im Krematorium Baumschulenweg am Montag, den 3. Oktober, nachmittags 2 Uhr statt.

18. Unterbezirk, Ortsgruppe Grünau.

Wichtige Literatur.

	Mk.
Programm der Allgem. Arbeiter-Union	1,—
Adler: Studium zur Geschichte des Sozialismus	15,—
Bebel: Die Frau und der Sozialismus, geb.	25,—
Diezgen, Eugen: Materialismus oder Idealismus?	5,—
Dieberich: Marx Brevier	9,—
—, Lassalle Brevier	12,80
Drahn: Engels Brevier	10,—
Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, geb.	17,50
—, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie	7,50
—, Bauernkrieg	6,—
—, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft	5,—
Gorter: Der historische Materialismus	6,—
Kautsky: Karl Marx' ökonomische Lehren, geb.	24,—
—, Die historische Leistung von Karl Marx	2,50
—, Der Weg zur Macht	7,50
—, Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution	8,—
Lassalle: Offenes Antwortschreiben	3,—
—, Arbeiterprogramm	2,50
Louis: Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich (1789—1912), geb.	15,—
Marx: Klassenkämpfe in Frankreich	5,—
—, Lohnarbeit und Kapital	3,—
—, Bürgerkrieg in Frankreich	2,50
—, Das Kapital, Kritik der politischen Oekonomie, geb.	50,—
—, Das Elend der Philosophie	16,—
—, 18. Brumaire des Louis Bonaparte	8,—
—, Theorien über den Mehrwert. 4 Bände geb.	125,—
Marx-Engels: Kommunistisches Manifest	3,—
Mehring: Biographie Karl Marx' geb.	22,—
—, Deutsche Geschichte	15,—
—, Die Lessing-Legende geb.	22,—
Plechanow: Anarchismus und Sozialismus	6,—
Vorländer: Marx, Engels u. Lassalle als Philosophen	7,—
Sozialistische	8,—
Karl Liebknechts Briefe	8,—
Rosa Luxemburgs Briefe	6,50
Luxemburg: Akkumulation des Kapitals, geb.	50,—
Pannekoek: Weltrevolution und komm. Taktik	2,—
—, Marxismus und Darwinismus	1,75
Lenin: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus	4,—
—, Die unmittelbare und innere Politik Sowjetrußlands	1,—
—, Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjetrußlands über Naturalsteuer	1,—
Varga: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur	3,50
Larin und Kritzmann: Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland (1917—1920)	8,50
Bussem: Die Lehren des Bürgerkrieges	2,50
Sonny: Wie lebt der Arbeiter und Bauer in Rußland?	3,—
Mackay: Guern, ein Gebilde	3,50
Kropotkin: Die Eroberung des Brotes	6,50
Sorgenfrei: Das Kapital von Karl Marx (Gemeinverständliche Ausgabe)	15,—
Radek: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches	3,—
—, Die augenblickliche Politik Sowjetrußlands geb.	5,—
Jöllj: Anklagerede gegen die bürgerliche Gesellschaft	2,—
Lenzwerk, Lexikon der Aktionäre	3,—

Romane.

Franz Jung: Proletarier geb.	3,—
—, Opferung geb.	6,—
—, Sand geb.	7,50
—, Das Trottelbuch geb.	7,50
—, Gegner geb.	7,50
—, Der Sprung aus der Welt geb.	6,—
—, Die Kanaker. Wie lange noch (2 Schauspiele)	7,50
George Grosz: Das Gesicht der herrschenden Klasse (35 Zeichnungen)	3,—

Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Straße 6.

Im Verlag der KAPD. sind bisher folgende **Flugschriften** erschienen:

Nr. 1. Die Moskauer Internationale	—,35 Mk.
Nr. 2. Die Hauptfragen der revolutionären Taktik (Leitsätze der KPD)	—,40 „
Nr. 3. Die weltwirtschaftliche Politik der 3. Internationale (von Anton Pannekoek)	—,25 „
Nr. 4. Militär und Massenkampf	—,25 „
Nr. 5. Die Gewerkschaften, der Rettungsanker des Kapitalismus	—,25 „
Nr. 6. Die Erwerbslosenfrage	—,25 „

Verantwortlicher Redakteur: A. Horn, Berlin. Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Druck: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Nolte, Berlin, Mitgliedsstraße 110.

Nr. 235 — Preis 40 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Betriebsorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6. Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postscheckk. für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 40029; für auswärts: Berlin NW. 7 Nr. 105000. — Versand unter Streifband: für Berlin 5,50, nach auswärts 6,—, nach dem Ausland 9,— monatlich

Die Kontrollversammlung der Konterrevolution

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Kapital und Staat

Immer unwiderlicher wird die sogenannte Politik, immer widersinniger die Wirtschaftsentwicklung. War die Politik von jeher überwiegend ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Kräfte und ihrer wirtschaftlichen Interessen, so ist sie heute schon fast nichts weiter als seine Spiegelschieterei. Die einzigen realen Kräfte in ihr sind die inoffiziellen und offiziellen „besonderen Abteilungen bewaffneter Menschen" — Schupo, Selbstschutz, Faschisten, Besatzungsarmee, westlungarische Freischärler und die Flotten der großen Seemächte. Was Ministerien, Parlamente und parlamentarische Parteien treiben, ist nur noch reinster Humbug; in der ganzen Welt.

Auf der Münchener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie sagte Walter Rathenau, ehemaliger Präsident der AEG., „geistig" verlogener Salonsozialist und jetziger Wiederaufbauminister, die Frage der Reparationen müsse aus dem Bereich politischer Streitigkeiten herausgehoben und als rein geschäftliche Angelegenheit unter Geschäftsleuten vernünftig erörtert werden. Da Rathenau sehr viel weiß und sich immer nur um die Konsequenzen seines Wissens — als echter Bourgeoisie — herumgedrückt hat, wird er vielleicht auch wissen, was er mit diesem Ausspruch in Wahrheit gesagt hat.

Er hat nämlich nichts anderes damit gesagt als — an der Hand einer Einzelfrage — dies: daß der Bourgeoisie ihr alter Staatsapparat nicht mehr paßt, daß das internationale Kapital in der heutigen Situation in den nationalen Staaten und ihren Budgets ein schweres Hindernis auf seinem Wege vorfindet. Und Rathenau hat gemeinsam mit Loucheur — auch einem Geschäftsmann — einen ersten ernsthaften Versuch verabredet, wie dieser Uebelstand zu beseitigen wäre. Ueber diese Verabredung weiß man zurzeit noch nichts Genaueres als dies: daß die deutsche Industrie im Laufe von 4½ Jahren für 7 Goldmilliarden Sachlieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete liefern soll — liefern kann, wenn nämlich entsprechende Einzelaufträge von Frankreich aus gegeben werden. Der Betrag soll dann in einem längeren Zeitraum der deutschen Regierung auf das Reparationskonto gutgeschrieben werden.

Es ist eine ganz große und verhältnismäßig einfache Sache, wenn einfach der deutsche Industrie die französischen Wiederaufbau-Privatfirmen direkt lieferte und nichts dafür bezahlt bekäme. (Daß die Arbeit in der Praxis von deutschen Proletariern geschafft wird und französischen Proletariern und Bauern zugute kommen soll, davon wollen wir im Augenblick noch gar nicht sprechen.) Verwickelt wird die Sache dadurch, daß die Staaten dazwischen kommen. Der Vertrag von Versailles mit allen Nachträgen, die dazu gehören, ist nicht ein Vertrag zwischen den Kapitalisten direkt, sondern zwischen den Regierungen. Die Geschichte mit den Sachleistungen wird also so, daß die Regierung die verpflichtet ist, sie aufzubringen, sie bezahlt an die Industriellen, die sie ausführen lassen. Das heißt: die deutsche Regierung muß — wenn die französische die besprochenen Aufträge gibt — neue Papiermilliarden drucken lassen, um mit ihnen die deutschen Lieferanten zu bezahlen. Das bedeutet neue Geldentwertung. (Damit neuen Betrag der doppelt und dreifach betrogenen Arbeitermassen — aber sehen wir davon ab.)

Aber das schadet nichts. Im Gegenteil: der Geheimrat Klöckner, einer der größten Geschäftsführer des Schwerkapitals, hat uns ja soeben verkündet, daß eine größere Katastrophe nicht eintreten könne als eine Besserung des Marktkurses: denn nicht die deutsche Industrie könne konkurrenzunfähig zum Export; verteilt sich, diejenige Industrie, die auf deutschen Rohstoffen hauptsächlich aufgebaut, also vom Rohstoffimport gegen teure Auslandsdevisen nicht abhängig ist.

Für die größten und rentabelsten Konzerne wird allerdings auch diese Möglichkeit mehr und mehr schwinden. Große Teile des deutschen schwerindustriellen Kapitals sind bereits in ausländischen Händen, und am Dienstag las man in der „Neuen Berliner Zeitung" glaubwürdig, daß das Ausland heute „ein Eisenbahnkäufer ersten Ranges" ist, und daß „ganz besonders oberschlesische Werke in Millionenbeträgen vom Ausland erworben werden". Es ist klar, daß solche Werke, deren Aktien und Verwaltung zu großen Teilen in ausländischen Händen sind, auch mit ihrem ausländischen Rohstoffbedarf nicht ihnen gelassen werden. Es handelt sich doch nur darum, ob bei Verarbeitung dieser (französischen oder überseeischen) Rohstoffe durch die billigen deutschen Lohnsklaven um so viel übrigbleibt, daß die höheren Transportkosten herausgeschlagen werden. Ist es um so sicherer der Fall, je mehr die entwertete deutsche Mark die Ausfuhr der Fabrikate aus Deutschland erleichtert.

Bei dieser Gelegenheit ist es im Grunde nicht mehr wichtig, nur von einer Verschiebung deutschen Vermögens ins Ausland zu sprechen; diese Periode ist überwunden. Was sich vollzieht, ist vielmehr der Anfang — erst der ganz bescheidene, tastende Anfang — einer ungeheuren Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft. Auswirkungen sind naturgemäß die Gebiete, in denen dieser Vorgang sich am stärksten zeigt, die Gebiete schwacher Valuta, zusammengebrochener Staatsfinanzen, gedrückter Reallöhne, also Oesterreich, Posen und Deutschland.

Die nationalen Staaten sind zwar in manchen Beziehungen noch immer die unentbehrlichen Stützen des Kapitals — vor allem durch den parlamentarischen Humbug und den Schutz des Privateigentums — aber sie werden mehr und mehr Hemmnisse dieser Entwicklung. Die Staatsfinanzen dienen gar noch immer der Ausposaunung der breiten Massen durch die Steuern — durch einen nicht leicht zu durchschauenden Apparat — aber wenn sie nicht wären, so wäre dem Kapital wohler. In diesem Sinne ist es auch ein ganz verständiger Gedanke, wenn die englische Bourgeoisie durch den Mund ihres Ministers Churchill (und durch manche Zeitungsartikel) den Vereinigten Staaten von Amerika vorschlägt, sie möchten den europäischen Ententestaaten ihre Schulden an Amerika ganz oder teilweise erlassen, und dagegen wolle England den „Besiegten" ihre Schulden entsprechend erleichtern. [illegible] wie der oben angeführte Satz von Rathenau auf die — bewußte oder unbewußte — Ueberzeugung, daß das Kapital, um wieder aufleben zu können, zuerst einmal die lästigen Fesseln der historischen Nationalstaaten sprengen muß.

Dem steht international entgegen die Tendenz zur sogen. Antidumpingsgesetzgebung, d. h. zu Maßregeln, die eine allzu billige Einfuhr der deutschen Industrieprodukte verhindern sollen. Aber abgesehen davon daß diese Maßregeln mit den unheimlichen Geschwindigkeiten der Kursentwicklung an der deutschen Börse nicht Schritt halten können sind sie auch offensichtlich der Ausdruck wirtschaftlich reaktionärer Tendenzen. Denn die Internationalisierung des Kapitals — im weiteren Sinne: die Internationalisierung der Wirtschaft — ist eine Notwendigkeit der historischen Entwicklung; die Gesellschaftsform derjenigen Industrielleen, die mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten haben, werden zeitlich zurückweichen müssen; die Schuhbedürfnisse der Arbeiter aber, die durch die deutsche Konkurrenz in England und Amerika arbeitslos gemacht werden, können innerhalb des kapitalistischen Systems überhaupt nicht mehr befriedigt werden.

In der innerdeutschen Wirtschaftspolitik zeigen sich Zeichen der gleichen Entwicklung schon lange, in der jüngsten Zeit aber besonders deutlich. Rathenau als Minister hat zwar den Staat noch nicht aufgegeben (zeweilen wohl, warum: nur mit staatlichen Hilfspolitiken in der Hand ist er seinem großen Konkurrenten Stinnes vielleicht noch gewachsen); im Rahmen der „Gleichberechtigung (der Kapitalisten) vor dem Gesetz will er für die Reparations-Sachlieferungen sogen. „Leistungsverbände" schaffen. Aber durch den Mund des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Reichert (der ein Stabenl, wie nett, Sozialdemokrat war) trat ihm in München die Schwerindustrie entgegen, und in Nr. 230 der „Deutschen Bergwerks-Zeitung" wird Reiherts Faden fortgesponnen: Es heißt dort:

„Man denke nur an die berüchtigten sogenannten Selbstverwaltungskörper", bei denen von Selbstverwaltung keine Spur zu finden war. Und wenn Dr. Reichert in München den Eisenwirtschaftsbund als ein abschreckendes Beispiel für „neue Wirtschaft, wie die Regierung sie auffaßt", hinstellte, so ist er damit besonders treffende Worte gesprochen. Man kann nur wünschen, daß der Reichswirtschaftsminister den Münchener Beratungen aufmerksam gelauscht ist und daß er seine neue Eisenwirtschaftsverordnung, welche eine weitere Verschlechterung der Großindustrie vorsieht, endgültig begräbt."

Und weiter: Steigerung der Sachleistungen ist gleichbedeutend mit Steigerung der industriellen Selbstkosten und diese niederum ist abhängig von Preisfestsetzung und Gewinnbegrenzung der Unternehmerinitiative. Der Höhepunkt der Offenheit aber ist der Satz: „Es besteht die Gefahr, daß die Regierung gewissermaßen die Selbstkostenfrage eine Aufmerksamkeit zuwendet, wie sie nicht bisher angetan sein kann, die Produktionsfähigkeit zu heben."

Das schwerindustrielle Blatt zieht dann sofort die praktischen Konsequenzen: „Der Kampf gegen die Zwangswirtschaft wird gewissermaßen auch weiterhin wertvolle Kräfte der Industrie abfordern, man naturgemäß dem Kampf

Der Reichskanzler und seine „Umsturzpartei"

Reichskanzler Wirth:

„Ich glaube schon heute sagen zu können, daß die Stunde gekommen ist, wo eine große Mission die Aufgabe, der Rettung vor dem Untergange unternehmen müssen für diejenigen, die nicht mehr im Produktionsprozeß stehen, die nur über ein beschränktes Einkommen auf Grund einer Lebensarbeit verfügen, sei es, indem es aus Kapital, sei es aus Renten fließt. (Bravo. Zurufe durch die K.: Die Arbeitslosen.) Dazu gehören auch die Arbeitslosen.

Wir gewähren auch denen Freiheit, die ein kommunistisches Ideal auf demokratischer Grundlage durch Arbeit innerhalb der Volksgemeinschaft erstreben. (Lachen rechts.) Wundern Sie sich darüber, daß im neuen deutschen Volksstaat sowohl der Nationalist, der verstiegene Idealist sich sammeln darf, als auch der andere, der einer weltfremden Theorie nachhängt."

Zetkin, KPD.:

„Klarig mit der Wirkung der Reichstagsverhandlungen sind wir in der Notstellung, daß die Massen gerichtet werden sind. Wir wissen, daß diese Massen ausschließlich aus Angehörigen der Bourgeoisie bestehen, daß sie die Bourgeoisie, die Kapitalistische Republik ist und nicht die rote Diktatur des Proletariats. Wir wissen, daß diese Massenbewegung ausgebeutet werden soll auf die einschlägigen Situation in der mittelständischen Massenbewegung. Wir fordern die Anwendung der Amnestie auch für Max Hölz.

Max Hölz war ohne Zweifel ein aufrechter, revolutionärer Kämpfer, der sich politisch für die Befreiung der ausgebeuteten Massen eingesetzt hat. Die Kommunisten sind weit davon entfernt, die Auffassung von den Methoden und Mitteln seines Kampfes zu teilen und zu rechtfertigen. Wir erklären in den Beschlüssen unserer Partei, daß Mittel des revolutionären Klassenkampfes, individuelle Terror kann den revolutionären Klassenkampf nicht ersetzen noch ihn einleiten, auslösen, folgenden oder irgendwo Reform. Wir wissen, der Kampf unter Umständen tödlichkeit mitbringen. Wir wollen aber — es ist sehr persönlich schwer, es zu sagen — auch unter Umständen hat keine Strafe, keine Buße, keine Kerkerstrafe, keine Zuchthaus, keine Todesstrafe, keine Amnestie nicht gelten soll für die Verbrechen, die im Zusammenhang mit Bestrafungen verübt worden sind, die Menschen aber die Militärdiktatur, aber aufgehoben."

Der unbefangene Leser wird vielleicht denken, daß bei den vorstehenden Reden die Ueberschriften vertauscht sind, daß es hier nicht der Fall, Industriellen in Aufbindungs, daß der Reichskanzler im „revolutionären Parlamentarismus" viel besser kann als die KPD., daß er diese einfach in den Schatten stellte.

Wenn dem Reichskanzler der Stinnesrepublik solche Worte entschlüpfen, so kann man an ihnen trotzdem die Angst vor dem tabellenden Proletariat deutlich erkennen. Denn, daß die [illegible] für die sich Wirth zum Aerger der KPD. als Erwerbslosenrat aufwirft, zum Untergang verurteilt sind, darüber ist sich Wirth vollkommen klar. Die Frage ist nur: Wie kann man diese „Meute" durch einen dazwischengeworfenen Brocken ablenken, damit sie keine Gefahr für „die Republik" werden.

Wer angesichts solcher „sozialen Gesinnung" ein Haar darin findet, daß die „revolutionäre Massenpartei" für solche Republik unterstützt, der ist eben kein Marxist, und kann noch viel weniger in der Frage der großen Politik mitreden. Wer daran zweifelt, daß die Zuhörerin gegen Max Hölz vor diesem „hohen Hause" ehrlich gemeint sind, wer daran zweifelt, daß es Klara Zetkin und ihre Partei ernst ist, eine Massenbewegung zu formieren gegen die Sozialimperialisten, trotzdem sie die größte Sicherheitsfrist ist, die man sich denken kann, der muß auch Zweifel hegen daran, daß in diesem „hohen Hause" die leidenschaftlichen Kontrevolution [illegible] war, zum Schutze der kapitalistischen Republik, gegen das revolutionäre Proletariat.

Diese Zweifel dürften endgültig beseitigt sein.

mitung eine Steigerung der Sachleistungen herbeizuführen, nicht dienlich sein kann."

Dies ist, so ähnlich es auch klingen mag, nicht mehr die alte Manchesterliberalismus. Denn dieser pründeis sich auf die Tatsache (und die Ideologie) der freien Konkurrenz der einzelnen Privatunternehmer; hier aber spricht die Tatsache (und bald auch die Ideologie) der großen Rohstoff-Monopole. Die Monopolherren sagen dem Staatsapparat ihre offene Feindschaft an: die Sabotage der „Reparationen", die Sabotage der Steuern, die Sabotage der Produktion: sie werden ihm das Leben schwer machen durch die auf die Straße gesetzten Arbeiter und die parlamentarischen Arbeiterparteien, wenn er es und die parlamentarischen Arbeiterparteien, wenn er es auch nur im geringsten wagt, sich mit Regelungsversuchen ihnen zu nähern. Die wollen beim Schlichtungswesen von ihrem Schiedsrund nicht gestört werden; sie denken ohne ihn auszukommen; die proletarischen Schlichten sind ohnehin zahm genug und sorgen durch ihre „Betriebsräte" selbst dafür, daß alles hübsch ordentlich hergeht.

Und was die Devisen anlangt, so hat sich zwar die Industrie bereit erklärt, hier von sich aus bei einer edlen Operkation reichlich zu verdienen. Aber wehe, wenn der Staat selbst sich zu rühren schickt! Da alarmiert sofort der Reichsverband der deutschen Industrie seine Getreuen in den „Vertraulichen Mitteilungen" seines offiziellen „Auslandverlages" (S. m. b. H.) wie folgt: „Es erübrigt sich, zu sagen, welche schweren Bedenken es auslösen muß, wenn alle die Schikanierungen der Wirtschaft, die mit der Devisenkontrolle erfahrungsgemäß verbunden sind, jetzt wiederholt werden. Die deutsche Exportindustrie und der Exporthandel sollten daher bei allen gegen eine etwa geplante Neueinführung der Devisenkontrolle Front machen."

Doch die Pläne gehen weiter. Es handelt sich nicht mehr allein um die Zerstäubung der unbequemen Staatseinmischung aus dem Apparat der Profitmacherei. Die „Deutsche Allgemeine Sitzungs-Zeitung" enthielt am Sonntag in ihrem nationalwirtschaftlichen Teil einen Leitartikel, in dem rund und nett etwa folgendes ausgeprochen war: es kann mit unseren Staatsfinanzen nicht besser werden (und es hat daher für die Industrie keinen Sinn, die berühmte „Devisenopfer" zu bringen), wenn nicht dafür gesorgt wird, daß die offene Wunde am Körper der Reichswirtschaft geschlossen wird, d. h. daß die Staatsbetriebe, Post und Eisenbahn, aufhören, Zuschuß zu kosten. Und dann heißt es weiter, daß dazu vermutlich die Ueberführung dieser Verkehrseinrichtungen in Privathand nötig sein werde.

Das heißt also, Sitzungs geht darauf aus, aus der bankerotten Reichsbahn das herausanholen, was bei privatwirtschaftlicher Verwaltung Profit verspricht. Dabei kommt es weniger darauf an, ob der Ertrag der Eisenbahn in sich aus einem Defizit zu einem Plus gebracht wird — durch Beamtenentlassungen, Verminderung der Sicherheitseinrichtungen usw. —, als vielmehr darauf, daß der private Eisenbahnkonzern in der Lage wäre, die Tarife der Gütebeförderung nach seinen Bedürfnissen zu regeln und mit diesen Tarifen alle Konkurrenten an die Wand zu drücken. Das berühmte Sitzungs-System der internen Selbstkostenberechnung und Selbstkostenverrechnung innerhalb eines geschlossenen Konzerns vom Rohstoff bis zum Verbraucher, welche damit eine ungeheure Erweiterung erfahren. Es wären dann auch die Frachten — man denke an ihre Bedeutung für Kohle, Erze, Eisen, Mähchinen, Kali! — in den Kreis jener Selbstkosten gezogen, deren Berechnung sich die „Bergwerks-Zeitung" so energisch verbittet. Und kein Finanzamt der Welt könnte mehr feststellen, wo eigentlich die Gewinne bei diesem verschachtelten Gebilde bleiben.

Daß es sich um keine private Phantasie eines DAZ.-Redakteurs handelt, erfiehst man daraus, daß am gleichen Sonntag die „Frankfurter Zeitung" in einem Artikel ihres sehr gut unterrichteten Redakteurs A. F. folgendes Augenzwinkern bringt: „Wenn er (der Reichsverkehrsminister Gröner) der Defizitwirtschaft der Reichseisenbahnen nicht schnell zu Leibe rückt, so werden aufsinnige, dann wird er die ihm unterstellten Betriebe vielleicht sehr bald gegen Angriffe zu verteidigen haben, die ihm und den Eisenbahnen unter der Leitung des Reiches die Existenzfähigkeit bestreiten." Unter der Leitung des Reiches — das ist es. Das Kapital ist dabei, das Reich zu fressen. Guten Appetit dazu: es wird an dem Frach ziehen.

Wie haben wir zu dieser Entwicklung zu sagen? Davon das nächste Mal.

Politische Rundschau

Der neue Betrug

Am Kündigungstag waren alle wieder einmal versammelt. Alle, die die Republik zu verteidigen wollen. Alle waren da, die vom parlamentarischen Betrug leben: Wirth gab den Ton an, entdeckte sein Herz für die Erwerbslosen, kündigte die große Hilfe an. Man der SPD. bis zur KPD. alle waren für „Demokratisierung der Verwaltung". Die USP. bringt gleich ein Gesetz mit zum Schutz der Republik. Die KPD. ist damit einverstanden. „Karrer" auch nicht? Wie rückten ab von jenen „rechtsradikalen Elementen" am Max Hölz, die begeisterten Wirthscharen. Es ist zu begreifen, und es soll nicht bestritten werden, daß Klara Zetkin durchaus ehrlich war, als sie sagte, es fällt ihr und ihrer Partei besonders schwer, daß die Amnestie nicht angebracht werden soll auf diejenigen, die im Kampfe der Demokratie die Proletarier fortschritten, kann hier nur zu gegen die Demokratie. Und wenn die Deutschnationalen und ihre Freunde die Aufsetzung der Kommunistenbestimmung fordern, die sie nie treffen kann, und die nur Proletarier trifft, so verlangen sie ja weiter nichts als Demokratie.

Doch wir wollen die Größe der Gefahr nicht unterschätzen. Diesem gangen solchen Geschwätz, dieser Komödie liegt ein sehr realer Kern zugrunde. Schon fangen die Stimmen an zu murren. Die Lebensmittelpreise steigen mit dem Dollar. Der Profit steigt mit dem Dollar. Die Löhne, die Lebenshaltung der breiten Massen sinkt mit der Mark. Und während jene Kultjunkiebuer am Wilhelmsplatz Gebetbücher auf die Demokratie singen, werfen die hemmtrutischen Unternehmer eine Arbeitsgruppe nach der anderen auf die Straße und hungern sie aus — mit Hilfe der Gewerkschaften. Es ist verständlich gleichzeitig, ob die Mark auf der Balutaleiter steigt oder fällt. Fällt sie weiter, wird der Reallohn mitfallen. Steigt sie, wird dadurch, daß der Kurswert Deutschlands nachsteigt, bewegen, weil auch die Exportpreise, die die deutsche Schwarzkonkurrenz liefert, steigen. Dies wird wieder ein willkommener Anlaß sein, Betriebe zu schließen, die Löhne weiter herabzudrücken, die Arbeitslosigkeit zu steigern. Kurzum, die „Demokratisierung" aller Gesellschaftsgebiete wird, als keinen Ausweg gibt. Es gibt nur ein Mittel, das die jetzt noch nicht versagte, das ist der Betrug.

Als die SPD. in Görlitz sich mit aller Brutalität und mit dem Zynismus, der ihr eigen ist, für eine Koalition mit der deutschen Volkspartei aussprach, sei sie es, um, wie sie offen sagte, die Revolution zu verhindern. Seitdem spitzen die Ereignisse, die Thalheimer, die Brandler alle die Ohren. Auch die SPD. war absolut klar. Sie sagte offen im „Vorwärts", die Arbeiter, die der Partei bewegen die „Treue" nicht halten wollen, können gehen. Der Zynismus wird zur den Reihen der Bedrängten, Hungernden, Frierenden hin. „Die Arbeiter", die Arbeitslosen, kann kaum ihre Freude verbergen ob des Geschäftes, das Klara Zetkin durchaus ehrlich war, als sie sagte, es fällt ihr und ihrer Partei besonders schwer, daß die Amnestie nicht angebracht werden soll auf diejenigen, die im Kampfe der Demokratie die Proletarier fortschritten, kann hier nur zu gegen die Demokratie. Und wenn die Deutschnationalen und ihre Freunde die Aufsetzung der Kommunistenbestimmung fordern, die sie nie treffen kann, und die nur Proletarier trifft, so verlangen sie ja weiter nichts als Demokratie.

Doch wir wollen die Größe der Gefahr nicht unterschätzen. Diesem gangen solchen Geschwätz, dieser Komödie liegt ein sehr realer Kern zugrunde. Schon fangen die Stimmen an zu murren. Die Lebensmittelpreise steigen mit dem Dollar. Der Profit steigt mit dem Dollar. Die Löhne, die Lebenshaltung der breiten Massen

Oeffentliche Versammlungen der KAPD.

Mittwoch, den 5. Oktober, abends 7 Uhr: Weißensee, Letzter- Ecke Greifswalder Straße.

Donnerstag, den 6. Oktober, abends 7 Uhr: Schulaula, Reichenberger Straße 67/70, Ecke Forster Straße.

Thema: „Die KAPD. und die Stadtverordnetenwahl".

Freitag, den 7. Oktober: Konzertsaal „Deutsche Festsäle".

Thema: „Die politische und wirtschaftliche Lage und die Aufgaben des ren. Proletariats.

Die 3. Internationale und die Notwendigkeit der Schaffung einer kommunistischen Arbeiterinternationale

(Der historische Teil aus dem Referat zu diesem Tagesordnungspunkt unserer Parteitages.)

Genossen! Der Punkt heißt: Die 3. Internationale und die Notwendigkeit der Schaffung einer kommunistischen Arbeiter-Internationale. Ich bin vom geschäftsführenden Hauptausschuß ersucht worden, mein Referat in historischem Sinne zu halten.

In Genossen! Der Gedanke einer proletarischen Internationale ist zum ersten Male in seiner heute geläufigen und greifbaren Form ausgesprochen worden im Kommunistischen Manifest, das in der Zeit der französischen Revolution von 1848 und aus der Zeit der im Gefolge dieser Revolution entstandenen Auflösung der deutschen bürgerlichen Revolution entstanden ist. Dieses Kommunistische Manifest schließt mit dem Satz: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch", und bei eine Vorgeschichte, die man einen und anderen von Euch bekannt sein mag. Es lagen ihm bereits, als dieser Gedanke ausgesprochen wurde, sechs Organisationen zu Grunde, die allerdings mehr Bewegungen von Einzelpersonen waren als von proletarischen Massen. Was dann Jahrzehnte vergehen, bis in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden waren, hatte sich, besonders durch die Mitwirkung von Marx und Engels, in Deutschland der Bund der Kommunisten entwickelt, eine internationale Vereinigung von Einzelpersonen, die in den verschiedensten Gebieten Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika ihren Sitz hatten. Die Vereinigung hatte die erste Form einer internationalen Zusammenschlußes der Proletarier, wenn man sie in Kürze, bei ihr Mitgliederzahl beschränkt waren sie für die einzelnen Gebiete auf die Zahl von drei bis zehn Personen. Ueber zehn waren die Mitgliederzahl nicht hinausgehen. Das war eine Vereinigungsform gegen die politischen Gebietsgrenzen und die Gefängnisse der damaligen absolutistischen Regierungen. Dieser junge Bund hatte durchaus den Charakter der Illegalität. Seine Organisationsform war trotzdem bereits sehr weit gediehen. Er war aufgebaut auf Ortsgruppen, denen das Kassen, leitenden Kreisen, Bezirken, und zuletzt eine Spitze in einem Zentralrat, der seinen Sitz gewechselt hat. Schon damals hatte man einen internationalen Kongreß, der leider verschiedenmal getagt hat. Ich, denn, das waren die ersten Anfänge der proletarischen Internationale. Der Bund war im wesentlichen die Proklamation des Kommunismus, nicht mehr. Hinter ihm stand keine Tat, weil sie bitterlich noch unmöglich war. Und doch war gerade diese Proklamation des theoretischen Aufgaben der Linie der proletarischen Revolution, von allen Zinnen zur Tatsache des Proletariats zur Eroberung der politischen Macht: eine Tat ohne gleichen. Nicht nur, daß in dem Kommunistischen Manifest schon aufgezeigt ist, daß die Befreiung des Proletariats nur gehen kann über den Sturz der Bourgeoisie und über die Organisierung des Proletariats als herrschende Klasse, als proletarischer Staat, daß hier zum ersten Male ausgesprochen wurde, die Waffen schon so weit entwickelt, nicht von Marx und Engels, daß in einer Ansprache an den Bund, die sie verfaßten, sogar schon, und zum ersten Male in der Geschichte ausgesprochen wurde der Gedanke der Arbeiterdiktatur.

Marx und Engels mußten dem Proletariat den Weg zeigen auf Grund der gegebenen Lage. Sie mußten, Verfassungsfragen für die proletarische Taktik war der, daß das Proletariat zusammenschließen müsse mit den Bürgertum gegen die reaktionären Klassen solange, die die bürgerliche Klasse selbst zur Herrschaft gelangt sei. Aber während des Kampfes zwischen Feudalabel, der herrschenden Klasse, und Bürgertum, das damals noch nicht politisch die herrschende Klasse war, hatte das Proletariat seine eigenen Forderungen, seine eigenen Organisationen zu entwickeln und seinen eigenen Weg gang klar vorzuzeichnen und auch zu gehen.

Das war im wesentlichen der Gehalt und das Resultat dieser ersten Organisation einer proletarischen Internationale.

Nach den Revolutionen um die 50er Jahre herum setzte bekanntlich ein Stillstand aller politischen Bewegungen ein. Der Gedanke für unsere Frage tauchte erst wieder Anfang der 60er Jahre auf, und zwar in einer ganz anderen Form und Ausdehnung. Der Ursprung der ersten Internationale aber wie sie damals hieß, der Ursprung der Internationalen Arbeiter-Assoziation, ist bedeutend für ihre ganze spätere Entwicklung und für ihr schließliches Ende. Tatsächlich kam diese Internationale dadurch zustande, daß die englischen Arbeiter, und zwar die englischen Trade-Unions, sich bedroht fühlten durch ausländische Konkurrenz. Sie wandten sich an die französischen Arbeiter mit einer Adresse und baten diese um eine internationale Zusammenkunft, um dieser „Schmutzkonkurrenz" ein Ende zu machen. Der eigentliche Ausgangspunkt der Internationalen Arbeiter-Assoziation war also durchaus kein im heutigen Sinne proletarischrevolutionärer, sondern eigentlich nur der Wille der Arbeiteraristokratie, einer Gruppe, ihre Arbeitskraft weiter verkaufen zu können. Diese Zusammenkunft zwischen den französischen und englischen Delegierten, zu denen aber eine Reihe aus anderen Ländern hinzukamen, fand 1864 in St. Martinshall in London statt, und hier wurde die Internationale Arbeiter-Assoziation ins Leben gerufen.

Es handelte sich darum, was nun diese Internationale Arbeiter-Assoziation für eine historische Aufgabe stellen, welche Organisation, welche Taktik, welche Prinzipien sie wählen sollte. Marx und Engels, die bei dieser Organisation sofort im Vordergrunde standen, sahen sich gezwungen, wenn sie schon eine Arbeiterbewegung überhaupt auf die Beine stellen wollten, theoretisch auf das Programm, mit dem sie den Bund der Kommunisten gebildet hatten, zu verzichten und diese Internationale auf einen ganz anderen theoretischen Grundlage zu stellen, wobei Engels sagte, daß, daß man einerseits den englischen Trade-Unions, andererseits den italienischen, französischen, spanischen Syndikalisten und den deutschen Lassalleanern die Tür nicht verschließen dürfe. Es kam in der Tat so: Diese Internationale Arbeiter-Assoziation hat in Wirklichkeit niemals eine ganz feste, einheitliche Programm, eine ganz einheitliche Linie für alle Länder gehabt. Sie konnte das nicht haben, weil die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse noch nicht so weit gediehen war.

(Fortsetzung folgt.)

Sonntag Flugblattverbreitung von den Lokalen aus!

Berechtigte Empörung der „Roten Fahne"

Die KPD. hat jedem im Reichstag ein klares Bekenntnis zur kapitalistischen Verfassung abgelegt. Ausschließend sind den Schupobeamten auf Grund dieser Tatsache, die schon lange bestehe. Noch nach nicht so klar ausgesprochen wurde, noch keine Generalverfügung erteilt. Die „Rote Fahne" wendet sich deshalb mit folgender Entschließung an die Oeffentlichkeit:

„Am Nachmittag des 4. Oktober wurden vor einem Restaurant in der Münzstraße zwei freiende Holzarbeiter und ein Berichterstatter der „Roten Fahne" grundlos verhaftet. Der Sachverhalt ist folgender: Ein Schupobeamter hatte einem Streikposten der Gesamtvorgangsstellen verboten, einzelne Besucher des Restaurants darauf aufmerksam zu machen, daß sich die Angestellten desselben im Streik befinden. Der Streikposten unterhielt sich mit unserem Berichterstatter über diese Angelegenheit. Ein zufällig anwesender Holzarbeiter machte in höflichen Worten zwei Besucher aufmerksam, daß in diesem Lokal die Lohnforderungen der Angestellten nicht bewilligt seien. Daraufhin schritten zwei Schupobeamte ohne weiteres zur Verhaftung der zwei streikenden Holzarbeiter und unseres Berichterstatters. Im Polizeipräsidium wurden die drei Verhafteten von einem Polizeileutnant sofort wieder entlassen, nachdem er von dem Sachverhalt Kenntnis genommen hatte.

Es liegt im Interesse der Schupobeamten selber, wenn sie ihre erhaltenen Instruktionen nicht eigenmächtig überschreiten. Auch die Schupobeamten sind Proletarier und können gezwungen sein, wirtschaftliche Forderungen stellen zu müssen. Wenn sie für diese Fall die Sympathie der Arbeiterschaft auf ihrer Seite haben wollen, müssen sie alles vermeiden, was ihr Ansehen erschüttern könnte, daß sie gegen die um ihre Existenz ringende Arbeiterschaft ein feindselige Gesinnung hegen. Die Schupobeamten müssen die gesetzlichen Rechte der Arbeiter streng beachten."

Die Kerle des Polizeileutnants scheint also schon gewonnen zu sein. Aufgabe der KPD. ist es nun, die „Massen der Schupo" zu gewinnen. Die KPD. ist auf dem richtigen Weg dazu. Wenn die Proletarier den Rat der „Roten Fahne" befolgen und sich streng an die kapitalistischen Gesetze halten, dann werden sie niemals mit den Organen der Konterrevolution in Konflikt geraten. Dadurch, daß damit alles Ärgernis verschwindet, ist der Weg für die Aufnahme der Schupo in die KPD. frei.

Wie die „Rote Hilfe" der KAPD. für die Flüchtlinge sorgt

Unsere Zittauer Ortsgruppe berichtet uns folgenden ungeheuerlichen Vorgang: Am Dienstag, den 20. d. Mts., trafen hier in Zittau fünf ungarische Flüchtlinge ein, welche zufällig in unser Vereinslokal kamen und sich dort erkundigten, wie ihnen weiter geholfen werden könnte.

Sie wurden von den dort anwesenden Genossen unterstützt und weil wir selbst schon einige Flüchtlinge hatten, an den Berfrauensmann der hiesigen KAPD. verwiesen. Dieser übernahm es, die Genossen weiter zu befördern, mußte aber, da es der hiesigen KAPD. an Geldmitteln fehlte, dies auf eigene Kosten tun. Er wollte mit den fünf Genossen nach Dresden fahren, mußte aber erleben, daß ihm schon am hiesigen Bahnhof ein Genosse von der Polizei abgenommen wurde. Mit den restlichen vier Genossen fuhr er nun nach Dresden zum dortigen Sekretariat der KAPD., wo ihnen aber eröffnet wurde, daß auch dort ebenfalls keine Mittel für Flüchtlinge vorhanden seien.

Da der betreffende Zittauer KAPD.-Genosse ebenfalls keine weiteren Barmittel besaß, blieb ihm nichts anderes übrig, als den ungarischen Genossen den Vorschlag zu machen, sich freiwillig an die Polizei zu wenden. Nach einigen Verhandlungen erklärten sich die Genossen damit einverstanden und der Vertrauensmann der KAPD. kehrte nunmehr die vier Genossen zur Dresdener Polizeibehörde ab. Da sich diese Behörde aber anfangs sträubte, die Funktionen der „roten Hilfe" zu übernehmen, mußte der KAPD.-Mann alle seine Ueberzeugungskünste anwenden, damit sich die Behörde endlich bereit erklärte, die Genossen aufzunehmen.

Die kapitalistischen Behörden scheinen sich also politischen Flüchtlingen gegenüber immer noch menschlicher zu zeigen als die „Rote Hilfe" wenden, lieber gleich die Polizei in Anspruch zu nehmen.

Die Wahrheit des vorher geschriebenen kann der erwähnte Vertrauensmann der KAPD., welcher, nachdem er bereits über 24 Jahre krank war und, um den Genossen zu helfen, seine letzten Geldmittel daran wagte, auf Befragen jederzeit bestätigen. Sein Name ist bei uns zu erfahren.

Der Streik der Bremer Werftarbeiter beendet

„Am Montag, den 3. Oktober, tagte eine Versammlung der Betriebsrätekonferenz der „A.-G. Weser" die Urabstimmung über den Streik, die in den nächsten Tagen erfolgen wird. Die Zahl der Mitgeregungen ist noch nicht abgeschlossen, doch ist sie sehr groß. Nach siebenwöchentlichem Streik, der sich hinzog, haben die Bremer Werftarbeiter den Streik abbrechen und sich den Bedingungen der Unternehmerseite fügen, weil die Gewerkschaftsvorstände den Streikkampf auf weitere Grundlage verschoben hat."

In dieser kurzen Meldung liegt gewissermaßen eine tiefe Tragik. Daß die „Rote Fahne", die diese Meldung brachte, mit ihrem Gedankengang der Gewerkschaftsbürokratie noch den Hohn zum Bersten schlägt, ist um so unverständlicher, als einer ihrer „Zellenleiter", Wannsewitz, direkt im Sechs der Werftgewerkschaften stand und erst vor kurzem von der Arbeiterschaft mit Schimpf und Schande zum Teufel gejagt wurde.

Solange die Arbeiterschaft nicht selbst durch Schaffung von Betriebsorganisationen ihre Geschicke in die Hand nimmt und so die Voraussetzungen zum Kampfe um die wirtschaftliche und politische Macht schafft, solange werden sich diese Niederlagen wiederholen. Aufgabe unserer Genossen muß es sein, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter aus diesen Niederlagen die Lehren ziehen.

Wirtschaftliche Rundschau

Klöckner über die Wirtschaftslage

In der in Düsseldorf abgehaltenen Generalversammlung des Rheinischen Hütten- und Bergwerkvereins A.-G. vertrat der Vorsitzende Geheimer Kommerzienrat Klöckner in bemerkenswerter Weise über die Wirtschaftslage. Er führte aus:

Der in der letzten Generalversammlung befürchtete Niedergang hat sich in den Monaten April und Mai durch eine förmliche Jagd nach Aufträgen und einem damit in Zusammenhang stehenden Preisfall eingestellt. Die Preise für sämtliche Fabrikate wurden verhältnismäßig, und dementsprechend haben auch die Monate Juni, Juli, August beinahe auf sämtlichen Werken Verluste ergeben, die durch die fortwährende Steigerung der Gehälter und Löhne besonders empfindlich waren. Die Ertragnisrückgänge waren um so mehr unerfreulich, weil die Industrie auch fernerhin durch besondere große Ausgaben die durch die langen Kriegsjahre zum Teil veralteten und verbrauchten Betriebsanlagen rasch modernisieren muß, wenn die großen Fortschritte, die unser Hauptkonkurrent Amerika in den letzten Jahren in bezug auf die Fabrikation gemacht hat, nachgeholt werden sollen. Der Niedergang hat glücklicherweise keine große Zeitdauer umfaßt. Schon im Juli zeigte sich infolge der immer schlechter werdenden Mark starker Bedarf aus dem Auslande, der sich besonders für Rohbrodt und Drahtwerk bemerkbar machte und die großen in Deutschland vorhandenen Vorräte rasch aufgenommen hat. Die Nachfrage dehnte sich dann auf alle Fabrikate aus und veranlaßte den deutschen Handel und Bedarf, auch aus der bisherigen Zurückhaltung hervorzutreten. Die Preise aller Produkte zogen an und erreichten unübertrefflichen zum Teil die letzten Preise des Eisenwirtschaftsbundes. Es muß festgestellt werden, daß der Bedarf des Auslandes nach keiner Einschränkung der Versorgung des Inlandsbedarfs herbeigeführt hat, daß vielmehr nach wie vor das Inland reichlich versorgt wird unter Ausschaltung des nicht legitimen Handels, und daß alle Erzeuger sich bezüglich der Verkaufspreise im Inlande große Mäßigung auferlegen. Die Preise des Auslandes liegen wesentlich über dem Inlandspreise. Entgegen der Meinung vieler Fachgenossen muß ich betonen, daß wir die augenblickliche Bewegung nicht mehr als eine rasch vorübergehende Scheinkonjunktur ansehen können. Im Anfang konnte das so scheinen. Rasch und rasch geht aber die internationale Welle des folgenden Wirtschaftsbebens, welche einen enormen Weltbedarf in allen Eisenfabrikaten zeigt, auch auf die Gestaltungen über. Die Berichte aus Belgien und Frankreich lauten hoffnungsvoller. Es ist dankbar anzuerkennen, daß die deutschen Unternehmer vom neutralen Auslande, namentlich von Südamerika, nach wie vor mit großen Bestellungen bedacht werden. Es hat sich aber auch in den feindlichen Ländern, wie England und Belgien, eine Atmosphäre herausgebildet, die ein Zusammenarbeiten ermöglicht, und gerade in letzter Zeit konnten Industrielle bedeutende Austauschgeschäfte zwischen England und Deutschland geätigt und Verhandlungen wegen bedeutender Aufträge für die Zukunft geführt werden. Bedauerlich ist, daß Frankreich im Wirtschaftsverkehr noch immer nicht die politischen Gegensätze überschreiten kann und auch weiterhin verfolgt, daß Wege zum Regierungsabmachungen das erzwingen zu wollen, was nur das freie Walten der Wirtschaftskräfte zu bewerkstelligen vermag. Auch das Wiedabener Abkommen wird den Druck der Sanktionen vorläufig fortsetzen, wenn die Nachrichten aus französischen Zeitungen richtig sind.

Die Dauer der Konjunktur steht und fällt mit der Bewegung der Mark. Ein rasches Steigen der Mark wird eine Katastrophe nach sich ziehen, die Stockung und großer Arbeitslosigkeit im Gefolge haben. Von diesem Zeitpunkt sind wir aber weit entfernt. Solange das Diktat von London nicht aufgehoben und Deutschland von den gigantischen Belastungsziffern nicht befreit wird, muß die Mark schlecht bleiben, denn das, was Deutschland zahlen soll, ist unerfüllbar. Die Mark würde hierfür auch durch eine Erfüllung der Gedanken und durch die freiwillige Verfassung von Devisen nicht verbessert werden können, wenn das bedeutet nur den Tropfen auf den heißen Stein. Der einzige Weg, eine Besserung der Markstürze zu erzielen, ist Mehrarbeit. Die schematische Verteilung des Achtstundentages muß aufgegeben werden. Das deutsche Volk muß mehr zur Erzeugung, sonnern zur Mehrarbeit durch Verzichtung aufgerufen werden. Deutschland hat nicht nach Ausgang einzelnder Kräfte zu fehlen. Arbeitern und pflichtbewußten technischen Hilfskräften, die zum Teil auch bereit sind, länger zu arbeiten. Wir stehen augenblicklich wieder vor einer großen Kohlenknappheit. Der Kohlenkohlenmangel ist damit verschärfte, die Werke in bezug auf die Kohlenversorgung einzuschränken. Resultat daß die Betriebe mehr fordern, um der Industrie bis Kohle zur Bergarbeitung der Betriebe, zur Einstellung der Arbeitslosen und zur Erhöhung des Auslandsabsatzes zu sichern, sollen sich die Betriebe weniger arbeiten, wie weil die Bergwerke nicht mehr Kohlen liefern können. Die Betriebe und über wie einer direkten Not und es nicht möglich zu beseitigen sein, wenn die Bergarbeiter wieder allgemein Ueberschichten verfahren müssen, wie bereits von einer August Bergarbeiter festmäßig geschieht. Nur, wenn bedeutende Mehrarbeit geleistet wird, ist das Elend der weiteren Verschlechterung der Mark aufzuhalten.

Der bereits mitgeteilte Abschluß wurde hierauf genehmigt und die Dividende auf 12 Prozent für die alten und 8 Prozent für die jungen Aktien festgesetzt. Dividenden machen für die zum Stammkonzern gehörenden Unternehmungen die bereits mitgeteilten Abschlüsse genehmigt und bei dem Hoffer Eisen- und Stahlwerk die Dividende auf 20 Prozent für die alten und 10 Prozent für die jungen Aktien, bei den Mannesmann Werken auf 12 Prozent für die alten und 6 Prozent für die jungen, bei den Georg-Marien-Bergwerken und Hüttenwerken auf 14 Prozent für die alten und 7 Prozent für die jungen, und bei der Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie auf 10½ Prozent für die alten und 5½ Prozent für die jungen Aktien festgesetzt.

(Wörtlicher Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".)

Die Verhöhnung der Arbeiter durch die Gewerkschaften.

Der „Sozialist", Organ des Transportarbeiterverbandes schreibt:

Dieser jahrzehntelange (gewerkschaftliche) Kampf, der unbeschreiblich große Mühen und Opfer gefordert hat, ist Regerecht verlaufen. Es ist den organisierten Arbeitern Deutschlands gelungen, nicht nur für sich, sondern auch für ihre unorganisierten Kollegen und Kolleginnen, die faktisch beispielle standen, bessere Zahn- und Arbeitsbedingungen dem Unternehmertum abzuringen. Die einstmals so überlange Arbeitszeit ist fortlaufend verkürzt worden, und nun haben wir das Ziel, den achtstündigen Arbeitstag erreicht, die früheren intensive Arbeitsweise ist wesentlich gemildert worden, und die früheren Schufterei gehört der Vergangenheit an, die erbärmlichen Lohnzahlungen bestehen nicht mehr, und es wird heutzutage ein Lohn bezahlt, den unsere Vorfahren auch in ihren kühnsten Träumen nicht für möglich gehalten hätten. Doch diese hohen Löhne durch die hohen Lebensmittelpreise wieder aufgefressen werden, ist natürlich ein Unglück für die Arbeiter, immerhin aber läßt sich nicht bestreiten, daß die Gewerkschaften das Unternehmertum gezwungen haben, dieser in den Beutel zu greifen und ihren Arbeitern ein größeres Entgegenkommen zu zeigen. Diese gewerkschaftlichen Erfolge sind so greifbarlich, daß nur jene Leute sie geringschätzen, die von den schweren Kämpfen der Vergangenheit keine Ahnung haben, weil sie noch zu jung sind oder weil sie bequem in den Reihen der Gelben und Blauen ein Schmarotzerleben führten.

Die unbestreitbare Tatsache, daß die Unternehmer gezwungen worden sind, ihre Leistungen an die Arbeiterschaft zu erhöhen, bedingt die unabweisbare Notwendigkeit mit sich, daß auch die Gegenleistungen der Arbeiter entsprechend erhöht werden müssen. Diese Gegenleistung soll natürlich nicht darin bestehen, daß die Arbeiter wild drauflos schuften und ihr Ihrer Arbeitskraft Raubbau treiben, sie soll sich vielmehr in einer treuen Pflichterfüllung äußern. Sie soll darin bestehen, daß mit mit peinlicher Gewissenhaftigkeit, mit innerer Anteilnahme und beseelt von einem hohen Verantwortlichkeitsgefühl unsere Arbeit im Dienste und zum Wohl der Allgemeinheit verrichten. Diese Forderung einer pflichtgemäßen Arbeitsleistung läßt sich rechtfertigen durch die Gebote der Gerechtigkeit und Billigkeit, die liegt auch im Interesse unseres gesamten Wirtschaftslebens. Zweifellos empfindet sich das Gerechtigkeitsgefühl eines jeden anständigen Arbeiters beruhigt, wenn er sehen muß, wie Menschen, die unter guten, geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden, ihre Zeit mit Faulenzen totschlagen, wie sie mit dem Material unpfleglich umgehen, wie sie Maschinen und Werkzeuge schlecht behandeln, wie sie in jeder Beziehung ihre Pflicht vernachlässigen. Eine solche Handlungsweise ist nicht nur eine grobe Pflichtverletzung, sie ist auch ein Verbrechen gegen unser Wirtschaftsleben, das mit Naturnotwendigkeit zugrunde gehen muß, wenn sich Leistung und Gegenleistung nicht ausgleichen, wenn an ständige Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht durch anständige Arbeitsleistungen ausgeglichen werden. Woher soll denn der Arbeitslohn kommen, wenn er nicht durch entsprechende Arbeitsleistung geschaffen wird? Ein richtiger, gerecht denkender Sozialist will natürlich die kapitalistische Ausbeutung der Arbeit beseitigen, aber darüber vergißt er keinen Augenblick, daß er seine Pflicht und Schuldigkeit als Arbeiter tun muß. Wer uns eine andere Lehre predigt, wer uns sagt, daß wir ohne Pflichterfüllung unsere Lebenslage verbessern könnten, der versteht nichts von den Gesetzen des wirtschaftlichen Lebens und von den Geboten sozialer Gerechtigkeit und Billigkeit. Er fördert den gänzlichen Zusammenbruch, denn er zeigt uns keinen Weg zum Sozialismus aus dem Chaos.

Mit geben hier die Rede eines prominenten Vertreters sowohl der Großindustrie, als auch die Stellung eines führenden Gewerkschaftsdaktikes unverkürzt wieder. Der Inhalt ist in beiden Dokumenten so klar daß wir es uns ersparen können, ein Kommentar dazu zu schreiben.

Hier kann jeder Arbeiter sehen, was der Arbeiterklasse droht, wenn sie sich durch ihre Gewerkschaften noch länger an das Kapital ausliefern läßt.

Die Zertrümmerung der Gewerkschaften ist eine Lebensfrage für die Arbeiterklasse.

Amerikanische und deutsche Rohstoffpreise

Die „National Bank of Commerce" in Neuyork hat kürzlich eine Uebersicht über die Preisentwicklung für die wichtigsten Rohstoffe von 1913 bis August 1921 veröffentlicht. Diese Aufstellung zeigt den interessante Ergebnis, daß in Amerika für diese Waren im August 1921 durchschnittlich der Preisstand von Juli 1914 erreicht ist. Berechnet man der Gleichsetzung der Preise vom Januar 1920 gleich 100 den Index, so ergibt sich für August 1921 der Stand 50. Wir haben aus der Liste der amerikanischen Warenpreise 14 Rohstoffe zum Vergleich herausgegriffen. Die Berechnung ergibt im August 1921 für Amerika einen Index von 46, für Deutschland von 161. Während sich also in Amerika die Preise seit Anfang 1920 um mehr als die Hälfte gesenkt haben, sind sie in Deutschland um mehr als das Anderthalbfache gestiegen. Nach deutscher Seite sich der Vergleich mit dem Stand vom Juli 1914 her. Hier berechnet sich der Index für die 14 Rohstoffe für August 1921 (Januar 1920 Preise gleich 100) für Amerika auf 47, für Deutschland auf 837. Die Gegenwart zeigt also in Amerika bereits eine leichte Unterschreitung der Friedenspreisen, hier dagegen eine Steigerung der Preise auf rund das Zwanzigfache entsprechend der bis zur Berechnungszeit erfolgten Steigerung des Dollars auf die etwa zwanzigfache Höhe der Bewertung in Markwährung. Die folgende Tabelle gibt eine Aufstellung der Relativzahlen. Wie man daraus ersieht, setzt ihrer durchgängigen Steigerung der Preise in Deutschland eine unendliche Entwicklung in Amerika gegenüber. Dort sind z. B. die Preise für Kohle, Eisen, Blei, Petroleum, Weizen u. a. gestiegen, dagegen haben sich andere fort gesenkt, darunter Gummi um über 100 Punkte.

Ware	Amerika			Deutschland		
	Juli 14	Jan. 20	Aug. 21	Juli 14	Jan. 20	Aug. 21
Kohle	41	100	100	11.60	100	259
Kupfer	70	100	62	5.35	100	74
Blei	47	100	39	8.50	100	175
Benzinöle	33	100	30	1.90	100	36
Jute	50	100	45	3.30	100	75
Eisen	35	100	49	4.40	100	114
Öl	44	100	50	4.44	100	118
Petroleum	34	100	45	7.40	100	53
Gummi	140	100	25	0.00	100	70
Seide	25	100	35	3.00	100	248
Zucker	30	100	36	24.30	100	750
Weizen	23	100	49	23.60	100	157
Wolle	30	100	35	2.70	100	84
Zink	53	100	46	5.30

12

Ausland

Gorki über die Entwicklung Sowjet-Rußlands

Maxim Gorki hat in einer ausführlichen Unterredung mit dem Korrespondenten der Londoner „Daily Mail" sich über die Aussichten des zukünftigen Rußlands geäußert. Gorki, der nach Westeuropa reist, um die Angelegenheit des Hilfskomitees zu fördern zu treiben, hat sich nicht nur restlos der Sowjet-Regierung zur Verfügung gestellt, sondern er ist selbst überzeugter Kommunist, und sieht mit großem Schmerz, wie die proletarischen Errungenschaften mehr und mehr abgebaut werden müssen. Er sieht die Entwickelung bereits so, daß auch formal die kommunistische Herrschaft einer sozialistischen oder sogar demokratischen Republik Platz machen wird auf föderalistischer Grundlage, ähnlich den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Räteregierung sei im Augenblick die einzig mögliche, wenn sie stürze, würde ein völliges Chaos in Rußland entstehen. Wichtig ist, was Gorki über die Ursache der Rückentwickelung sagt:

„Die Räteregierung sei ein notwendiger Schritt innerhalb der Entwicklung des russischen Volkes; aber sie werde am Widerstand der russischen Bauern zugrunde gehen, die anarchisch seien, um die Disziplin des Kommunismus auf sich zu nehmen. Aber auch eine demokratische Regierung, an der Lenin und Trotzki beteiligt wären, hält Gorki für unwahrscheinlich. Andere Männer werden an die Spitze treten, obwohl manche der jetzigen Führer, z. B. Lenin, wirklich große Männer seien. Gorki verteidigte Lenin sehr gegen den Verdacht, ein ehrgeiziger Egoist zu sein.

Ueber die Zukunft seines Landes denkt Gorki sehr pessimistisch, weil er die große Masse der Bauern als einen Hemmschuh für jeden Fortschritt ansieht. Er sagte: Unsere Bauern sind brutal und verdorben; sie sind kaum Menschen. Ich hasse sie. Man mag die gegenwärtige Regierung als grausam ansehen, aber diese Grausamkeit ist nichts im Vergleich zur Grausamkeit der russischen Bauern."

Schon in einem früheren Interview, vor einigen Wochen, hatte Gorki hervorgehoben, daß die proletarische Herrschaft in Rußland immer weiter zurückweiche vor der ungeheuren Masse der Bauern, die durch die Revolution erst zu Kapitalisten geworden, jetzt auch als Kapitalisten und Kleinbürger die Feinde des Proletariats würden.

Wir sehen, daß hier ein Mensch, der selbst aus dem „Lumpenproletariat" hervorgegangen, jahrelang als Landstreicher vagabundierte und Schuster durch ganz Rußland gezogen ist, bis er schließlich durch seine Dichtungen noch während der zaristischen Epoche zum leidenschaftlichen Ankläger und Repräsentanten des ganzen geknechteten Volkes wurde, zur selben Erkenntnis gekommen ist wie wir. Nicht, weil er konterrevolutionär, Menschewik, oder sonst was ist — im Gegenteil, er spricht die Wahrheit aus, gerade als Kommunist, der sich den Blick für die Tatsachen nicht verschleiern läßt, auch wenn sie gegen sein Wünschen und Weisen entscheiden.

Wahrscheinlich werden die Adels- und Sinowjewo- nun auch Gorki zu den Mittelschemisten werfen, weil sie nicht begreifen können, daß gerade restlose Bejahung des Kommunismus, Kampfbereitschaft für die Herrschaft des Proletariats sich darin erweist, daß man die Dinge so sieht, wie sie sind, und auch so sagt wie sie sind. Gorki sagt alle diese Dinge ebenso wenig wie wir etwa mit der Einstellung der Scheidemänner, Kautsky, kleiner und der ganzen Antibolschewistenkliques übereinander und sozialdemokratischer Richtung, triumphierend über den Zusammenbruch, sondern in der Erkenntnis, daß es gerade Schuld dieser Scheidemänner und Kautskys aller Länder ist, daß es so kommen mußte, daß Sowjet-Rußland isoliert blieb und dementsprechend dem kapitalistisch gewordenen Bauerntum gegenüber Schritt für Schritt zurückweichen mußte.

Staats- oder Privatkapitalismus in Rußland?

Die kapitalistische Presse aller Länder verkündet mit außerordentlicher Genugtuung, daß die russische Sowjetregierung die Liquidation des Kommunistischen Wirtschaftsprogrammes mit Eile betreibt". Die erdrückende Mehrheit der Ausbeuterpresse ergeht sich mit Bezug auf Rußland in Prophezeiungen, bei denen meistens der innige Wunsch Vater der Gedankens ist. So meinen diese eifenden Schreibeerseelen, daß „die Debatte der russischen Sowjetregierung mit Bezug auf „kommunistischen Aufbau" sich derartig überstürzen, daß eher als das Ausland zu erwartet, die kapitalistische Wirtschaftsführung durch die Gesetzgebung festgelegt sein wird". In diesen Prophezeiungen wird besonders betont, daß die Sowjetregierung in der Verfügung ihrer neuen Politik selbstverständlich nur der Not und dem Willen zum Regieren gehorcht.

Unsere solidarische Ergebenheit und Treue zu dem gerade jetzt so schwer geprüften russischen Proletariat gebietet uns, diesen vorerwähnten kapitalistischen Halbwahrheiten die realen Tatsachen, so bitter wir sie auch empfinden, entgegenzustellen.

Selbstverständlich ist die Sowjetregierung Rußlands eifrig bemüht, alle Ansätze der kommunistischen Wirtschaftsführung, wie sie bisher bestand, so weit als möglich beizubehalten. Kurz gesagt handelt es sich jetzt nur um den Ersatz von Detreten, welche die Einführung ausländischen Kapitals in der Form von Anlagen, Krediten, Waren, Maschinen usw. und die Ausführung von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten ermöglicht und beschleunigt. Bemerkenswert dabei ist, daß die Sowjetregierung sich in der Theorie mit Händen und Füßen gegen die Anerkennung von Privatkapital sträubt, in der Praxis aber durch die Macht der Umstände gezwungen ist, dasselbe in einer oder der anderen Form anzuerkennen.

Durch Krassin, den Volksbeauftragten für den Außenhandel, vertritt die Sowjetregierung den Großkapitalisten des Auslandes gegenüber noch immer den Grundsatz, daß die einzige Organisation, das „Monopolkomitee" (Volkskommissariat für den Außenhandel) genügt, durch seine Handelsvertretungen im bisher erschlossenen Auslande ganz Rußland zu versorgen. Mit Recht werfen die Kapitalisten bezüglich des Außenhandels die Frage auf, wie es möglich ist, daß derselbe ganz in den Händen des russischen Staates bleiben kann, wenn die ausländischen Kaufleuten und spezialisten den einzelnen Wirtschaftsorganisationen und spezialisten direkt Kredite — soweit es sich nicht um politische handelt — gewähren müssen. In einem Verhöre Krassins in der „Prawda" vom 6. August d. J. über den bisherigen Handel mit dem Auslande erkennt derselbe auch an, daß die Kooperativgenossenschaften bei der Durchführung des gesamten Außenhandels mitwirken sollen. Diese Kooperativgenossenschaften werden vielleicht in den nächsten Jahren in Rußland eine große Rolle spielen, da Gewerkschaften — selbst wenn es gestattet wäre — jetzt nicht imstande sind, ein industrielles Unternehmen oder einen Großhandel zu finanzieren. In diese Kooperative könnten dann auch wohl Ausländer aufgenommen werden, wird man wohl russisch-englische, russisch-amerikanische, russisch-deutsche und andere solche Kooperativen gründen. Nach jetziger Absicht soll die Sowjetregierung die Kontrolle über diese Kooperativen ausüben und auch ihren Handel im Auslande überwachen.

Der Freihandel, welcher bereits im Frühjahr dekretiert wurde, entwickelt sich zufolge der Mittellosigkeit des einzelnen sehr langsam und beschränkt sich nur auf Lebensbedarfsgegenstände, da importierte Waren von den Regierungsstellen selbst vertrieben werden. Frühere Hausbesitzer erhalten ihre Häuser zurück. Ueber die Frage der nötigen Reparaturen werden sich wohl mehr Unliebsamkeiten zeitigen als selbst hier in unserer „freien deutschen Republik". Auch früheren Fabrikbesitzern sollen ihre Betriebe wieder übergeben werden, wenn sie in der Lage sind, Materialien für die Instandsetzung und Betriebsführung aus dem Auslande zu beschaffen. Laut dem Dekret über Verpachtungen von Fabriken können auch Ausländer Betriebe übernehmen. Dadurch wird ganz natürlich das Prinzip der Nationalisierung und Zentralisierung des Außenhandels unvermeidlich durchbrochen. Die weit nun diese verschiedenen Dekrete durchgeführt oder nicht durchgeführt werden, hängt einerseits von den Verkehrsverhältnissen, andererseits von den Dispositionen der örtlichen Stellen und Gewalthaber ab, denn die Zentralregierung Sowjetrußlands wird leider je bedeutender in der Ausübung ihrer Macht geschwächt werden, desto mehr die kapitalistische Wirtschaftsführung um sich greift.

In der Industrie sollen gleichartige Betriebe in Trusts zusammengeschlossen werden, natürlich vornehmlich die Kapitals von ausländischen Konzessionären. Aber mit solchen ist man bisher noch zu keinen Abschlüssen gekommen, da die von ihnen geforderten, gesetzlichen Grundlagen noch nicht geschaffen sind und die Arbeiterfrage von den Gewerkschaften noch nicht geregelt ist. So verlangen die Gewerkschaften, daß in den konzessionierten Betrieben kein Arbeiter niedriger bezahlt wird als ein Arbeiter in der gleichen Branche in Deutschland. Ueberdies protestiert der Ingenieurverein in Moskau gegen die Konzessionierung russischer Betriebe an ausländische Unternehmer. Dieser Einwand der Ingenieure scheint in der Tat um so mehr unsinnig, da hinter allen ausländischen Konzessionären immer die früheren Besitzer der betreffenden Betriebe stehen. Die Konzessionäre drücken aber ganz besonders die Schwierigkeit der Versicherung, und da ausländische Versicherungsgesellschaften allein das große Risiko ablehnen, so ist die Sowjetregierung jetzt dabei, ein Projekt für eine neu zu gründende russisch-ausländische Versicherungsgesellschaft auszuarbeiten. In kurzer Zeit sollen auch Dekrete über die Wiedereinsetzung von Handelsgerichten erlassen werden.

Obgleich nun leider die Sowjetregierung Rußlands gezwungen ist, zufolge der mißlichen Verhältnisse den Weg für die Wiederbelebung des Kapitalismus zu ebnen, so rechnet sie noch darauf, daß sie erfolgreich eine Politik des Staatskapitalismus (wobei der Privatkapitalismus eine ganz untergeordnete Rolle spielen soll) wird treiben können, bis zu der Zeit, da Amerika, England und Japan durch einen Krieg, in welchem jedes dieser Länder je nach dem jeweiligen Drange seiner respektiven Interessen Partei ergreifen wird. In diesem Falle hofft die Sowjetregierung angesichts des erneuten Weltbrandes das westeuropäische Proletariat endlich zur Weltrevolution zu erwecken. Andererseits ist das Großkapital der Welt sehr darauf erpicht, jeden Ansatz von Staatskapitalismus in Rußland zu zerstören, um recht bald dort das Banner des unumschränkten „freien" Privatkapitalismus entfalten zu können. Zur Erreichung dieses Zweckes sind die Entente-Mächte emsig bereit, die Randstaaten wie Polen, Rumänien, Finnland, Estland usw. auf Sowjetrußland zu hetzen, um so mehr, als sie glauben, daß es jetzt nach jeder Hinsicht, politisch, wirtschaftlich und militärisch, bedeutend geschwächt ist und nicht mehr den starken Widerstand wie früher leisten kann. Auch scheinen die Großkapitalisten der Welt die Weltrevolution oder einen kühnen Vorstoß derselben in absehbarerer Zeit für unmöglich zu halten.

Den vorerwähnten kapitalistischen Standpunkte, daß die Weltrevolution für absehbare Zeit übermunden ist, stehen wir von der KAPD. die schroff entgegengesetzte Anschauung gegenüber, nämlich daß die Weltrevolution sehr bald kommen muß, wenn die heutige Gesellschaft nicht in der Barbarei untergehen soll. Es bedarf unsere derselben in absehbarerer Zeit für unmöglich zu halten.

Den vorerwähnten kapitalistischen Standpunkte, daß die Weltrevolution für absehbare Zeit übermunden ist, stehen wir von der KAPD. die schroff entgegengesetzte Anschauung gegenüber, nämlich daß die Weltrevolution sehr bald kommen muß, wenn die heutige Gesellschaft nicht in der Barbarei untergehen soll. Es bedarf unsere in der Ausübung ihrer Macht geschwächt werden, desto mehr die kapitalistische Wirtschaftsführung um sich greift.

In der Industrie sollen gleichartige Betriebe in Trusts zusammengeschlossen werden, natürlich vornehmlich die Kapitals von ausländischen Konzessionären. Aber mit solchen ist man bisher noch zu keinen Abschlüssen gekommen, da die von ihnen geforderten, gesetzlichen Grundlagen noch nicht geschaffen sind und die Arbeiterfrage von den Gewerkschaften noch nicht geregelt ist. So verlangen die Gewerkschaften, daß in den konzessionierten Betrieben kein Arbeiter niedriger bezahlt wird als ein Arbeiter in der gleichen Branche in Deutschland. Ueberdies protestiert der Ingenieurverein in Moskau gegen die Konzessionierung russischer Betriebe an ausländische Unternehmer. Dieser Einwand der Ingenieure scheint in der Tat um so mehr unsinnig, da hinter allen ausländischen Konzessionären immer die früheren Besitzer der betreffenden Betriebe stehen. Die Konzessionäre drücken aber ganz besonders die Schwierigkeit der Versicherung, und da ausländische Versicherungsgesellschaften allein das große Risiko ablehnen, so ist die Sowjetregierung jetzt dabei, ein Projekt für eine neu zu gründende russisch-ausländische Versicherungsgesellschaft auszuarbeiten. In kurzer Zeit sollen auch Dekrete über die Wiedereinsetzung von Handelsgerichten erlassen werden.

Gleichzeitig wird ferner von der Finanzpresse Englands, Amerikas und Frankreichs, daß der Oberste Wirtschaftsrat der Sowjetregierung wegen Zulassung von Gründungen von Aktiengesellschaften Besprechungen führt und eine bezügliche Verordnung sehr bald zu erwarten ist. Da die kapitalistische Politik nun einmal beschritten ist, gehört dazu auch, daß